

TIROLER TAGESZEITUNG "Leitartikel" vom 25. September 2012 von Michael Sprenger

Innsbruck (OTS) - Utl.: Seit Jahren verweigert sich die Politik, das Pensionssystem tatsächlich zu reformieren. Warum auch? Wir haben innerhalb der OECD nahezu die höchsten Pensionsausgaben, gehen aber früher in Pension als im EU-Durchschnitt.

Das heimische Pensionsversicherungssystem zeichnet sich in erster Linie durch seine Unübersichtlichkeit aus. Dafür sorgten in der Vergangenheit die politischen Verantwortungsträger, die zwar einerseits wissen, dass das System aus dem Ruder läuft, andererseits aber bislang der Mut fehlte, eine nachhaltige Reform auch umzusetzen. Deshalb wählte man die Methode des halbherzigen Herumdokterns. Von einer Novelle zur nächsten.

Was von all diesen Eingriffen blieb, ist der fehlende Glaube der jüngeren Generation an der Einhaltung des Generationenvertrages und die Tatsache, dass sich in Österreich die Pensionsausgaben innerhalb der OECD längst auf einem Rekordniveau befinden. Schon jetzt wird ein Drittel der Pensionen, die ausbezahlt werden, durch das Budget abgedeckt. Aber dafür geht der Durchschnittsösterreicher vergleichsweise früher in Pension und bekommt eine höhere Pension als der durchschnittliche EU-Bürger.

Solche Rahmenbedingungen müssten die Alarmglocken zum Schrillen bringen. Tun es aber nicht. Vielmehr verschließt man lieber die Ohren und behauptet trotz herrschenden Ungleichgewichts: Das Pensionssystem ist finanzierbar. Finanzierbar ja, aber mit der Konsequenz eines steigenden Budgetdefizits, aber längst nicht finanziert durch die Beiträge der Arbeitnehmer.

In Schweden führte dieses herrschende Ungleichgewicht vor Jahren zu einem radikal neuen Pensionssystem mit der Einführung eines einheitlichen Beitragskontos, welches in dem skandinavischen Musterland des Sozialstaates zu einer nachhaltigen Absicherung des Pensionssystems führte. Der Preis dafür ist ein längeres Erwerbsleben. Pensionsexperten, Ökonomen und Unternehmer orientierten sich nun in einem Aufruf zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems genau an diesem schwedischen Modell - und wollen damit eine breite Reformdebatte auslösen. In dieser Debatte müsste etwa geklärt werden, welchen (pensionsrelevanten) Wert Erziehungsjahre und Pflegejahre haben. Es müsste geklärt werden, welche Strafen Unternehmen zu zahlen haben, die im Sinne der Allgemeinheit verantwortungslos ältere

Arbeitnehmer in die Pension mobben. Es müsste eine ehrliche Debatte gestartet werden, um die tickende soziale Bombe zu entschärfen. Doch statt dessen kommt von den Seniorenvertretern, von ÖGB und AK ein reflexartiges Nein zum Experten-Aufruf. Schließlich sind unsere Pensionen doch finanzierbar - bis zum Abgrund.

~

Rückfragehinweis:

Tiroler Tageszeitung, Chefredaktion , Tel.: 05 04 03 DW 610

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0244 2012-09-24/21:04

242104 Sep 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120924_OTS0244